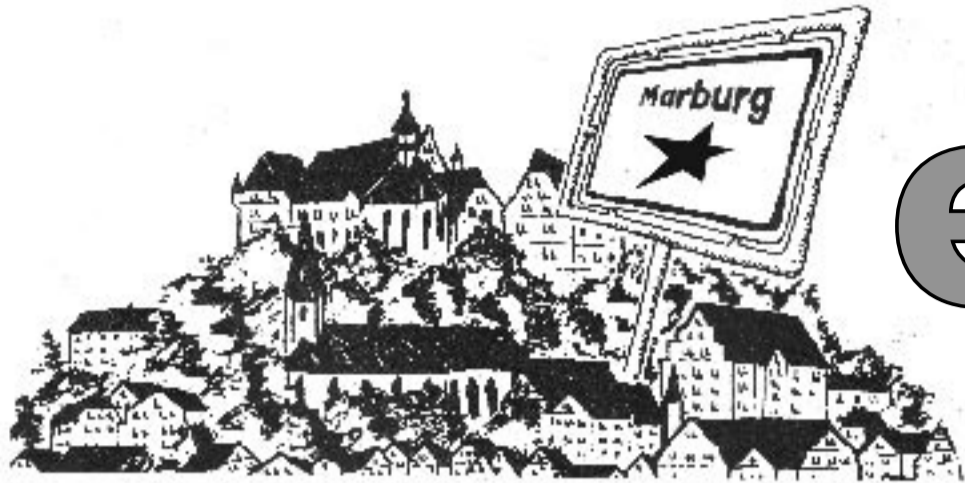


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Mai 2008

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#13

SPD und Grüne in der Klemme

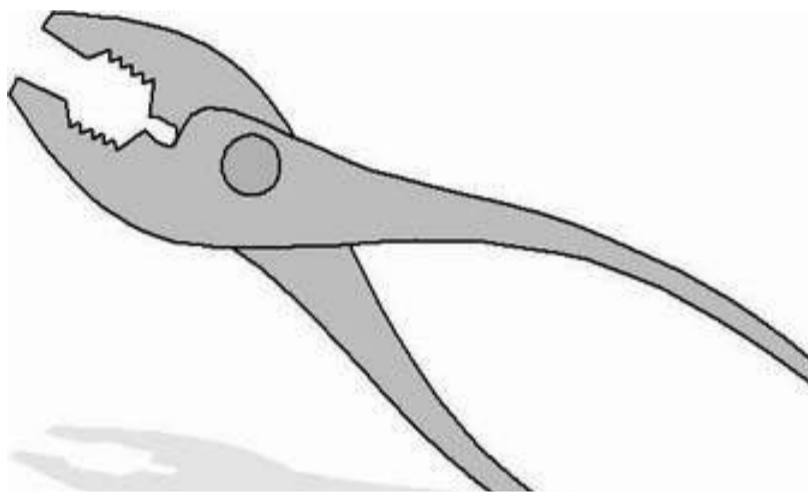
Die Marburger SPD hat einen neuen Vorsitzenden: Steffen Rink löste Uwe Meyer ab. Auf dem Parteitag wurde Klage darüber geführt, dass man zu abhängig von den Grünen geworden sei. Was mag damit gemeint sein?

Es wurde darüber gejammert, dass der grüne Bürgermeister Kahle dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister die Show stehle. Davon kann aber nicht ernsthaft die Rede sein. Egon Vaupel schafft es durchaus, sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen.

Und doch gibt es eine grüne Grenze für die SPD. Beide Parteien bilden in der Kommunalpolitik eine Koalition und dürfen sich nicht gegenseitig überstimmen. Das wird für die SPD dann brenzlig, wenn eine Oppositionsfraktion in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag stellt, der sozialdemokratischen Grundsätzen entspricht, von den Grünen aber abgelehnt wird.

Dies ist in den vergangenen zwölf Monaten mehrmals geschehen. Auf ihrem Parteitag am 17. März 2008 hat die Marburger SPD mehrere vernünftige Beschlüsse einstimmig verabschiedet. Sie betrafen den Schutz des Stadtbildes, die Entwicklung der Außenstadtteile und die Wachsamkeit gegenüber Baulöwen. Bravo.

Merkwürdigerweise wurden die-



se Parteitagsbeschlüsse in den Folgemonaten von der SPD nicht in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Der Grund: die Grünen sind dagegen. Sie sehen in den SPD-Entschlüssen eine Spitze gegen den grünen Bürgermeister, der zugleich Baudezernent ist.

Nachdem ein halbes Jahr lang nichts geschehen war, griff die Fraktion „Marburger Linke“ die Sache auf. Sie brachte ihrerseits die SPD-Anträge ein und gab auch offen zu, dass diese nicht auf ihrem eigenen Mist gewachsen seien. Im Bau- und

Planungsausschuss begann nun ein lustiges Spiel: die SPD-Vertreter(innen) druckten herum und schlugen immer wieder eine Vertagung vor. Die wurde ihnen von der „Marburger Linken“ gern gewährt: niemand will die Koalition an einer inneren Klärung hindern. Ewig kann die Angelegenheit allerdings nicht vertagt werden. Die SPD wird sich eines Tages entscheiden müssen, ob sie in der Stadtverordnetenversammlung gegen ihre eigenen Parteitagsbeschlüsse stimmt. Im Kreistag spielt sich übrigens Ähnliches ab, allerdings mit an-

deren Teilnehmer(inne)n: dort gibt es eine supergroße bürgerliche Koalition aus CDU, FDP, Freien Wählern und Grünen. Die Linke stellt dort öfter soziale und ökologische Anträge, die von der Mehrheit (einschließlich der Republikaner) regelmäßig abgeburstet, von der SPD (sie ist im Kreistag in der Opposition) aber meist unterstützt werden. Hier sind es die Grünen, die in Erklärungsnot geraten, allerdings nur bei den Umweltthemen. Der von ihnen gestellte Erste Kreisbeigeordnete Karsten McGovern ist auch Sozialdezernent und in dieser Eigenschaft verantwortlich für die Exekution von Hartz IV. Anders als die SPD, die sich in der Marburger Stadtverordnetenversammlung immerhin sympathischerweise noch windet, macht es den Grünen überhaupt nichts aus, gegen Anträge, die mehr soziale Gerechtigkeit im Kreis wollen, zu stimmen. Sie sind eben eine bürgerliche Partei. So weit sie Aufsteiger sind, sind sie besonders energisch, wenn es darum geht, nach unten zu treten.

Georg Fülberth

Neue Entgeltordnung entscheidet über Höhe der Vergütung

Am 1. Oktober 2005 hat der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) den Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT) abgelöst, der seit 1961 die Beschäftigungsbedingungen und die Vergütung der meisten Angestellten im Öffentlichen Dienst regelte.

Ein neues Tarifrecht erfordert auch eine neue Entgeltordnung, d. h. ein System, nach dem Tätigkeiten bewertet und entsprechend vergütet werden. Bislang gibt es aber nur die Einigung auf eine neue Entgelttabelle, d. h. die reine Festlegung von Euro-Beträgen für bestimmte Entgeltgruppen bzw. Stufen innerhalb der Entgeltgruppen. Im Zuge der Verhandlungen um ein neues Tarifrecht hatten ver.di und öffentliche Arbeitgeber sich darauf

geeinigt, bis Ende 2007 für Bund und Kommunen neue Eingruppierungsvorschriften zu erarbeiten und zu beschließen.

Bis zum heutigen Tag gibt es aber kein neues Eingruppierungsrecht. Die Vergütung der nach dem 1.10.2005 eingestellten KollegInnen wird über eine Zuordnungstabelle geregelt, die den KollegInnen enorme Einkommensverluste bringt. Eine Erzieherin mit Berufserfahrung, die z. B. in einer ehemals integrativen Kindertagesstätte eingestellt wird, erhält als Vollzeitkraft eine Vergütung von 2.130 € brutto (Entgeltgruppe 6, Stufe 2). Eine Erzieherin, die zu BAT-Zeiten beschäftigt wurde, den Bewährungsaufstieg und sämtliche Altersstufenaufstiege vollzogen hat bekommt für die gleiche Tä-

tigkeit 3.211 €, d. h. über 1.000 € mehr pro Monat. Würde sich an dem augenblicklichen Zustand nichts ändern, könnte die TVöD-Kollegin im Laufe ihrer Berufsjahre bestenfalls die Differenz auf 700 € verkürzen.

Da die Arbeitgeber überhaupt kein Interesse haben, ihr Einsparungsvolumen zu minimieren, verhalten sie sich so, wie sie sich gerade verhalten, nämlich provokativ abwartend. Verdi wiederum hat hehre Ziele, will die BAT-Löhne mindestens halten, das System durchlässiger machen und Diskriminierungspotentiale abbauen.

Jetzt kommt es darauf an, den Protest gegen die Haltung der Arbeitgeber sichtbar zu machen und für eine neue Entgeltordnung zu kämpfen. 4.500 KollegInnen

sind am 30. März in Frankfurt auf die Straße gegangen, um auf die für den Sozial- und Erziehungsdienst vorgezogenen Verhandlungen Druck auszuüben. So eindrucksvoll die Demo auch war, aber nur moralisch auf die Arbeitgeber einzuwirken, frei nach dem Motto: Bitte, bitte, erkennt doch unsere professionelle Arbeit endlich auch mal mit einer entsprechenden Vergütung an! ist komplett fehl am Platze. Der Staat beweist in der Weltwirtschaftskrise, wie reich er ist. Er hat das notwendige Geld, nur hat er es nicht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wenn etwas bewirkt werden soll, dann nur mit einer eindeutigen systemkritischen Argumentation und Mobilisierung.

Herwig Selzer

AUSGEFRAGT



Georg Fülberth kandidiert für die DKP zur Europa-Wahl. Was das soll, lesen Sie auf

SEITE 2

AUS DEN KOLONIEN

Welche Probleme portugiesische Kommunistinnen und Kommunisten mit der EU haben und warum die Europäische Linkspartei dabei keine Hilfe ist, berichten wir Ihnen gerne auf

SEITE 3

IM ELFENBEINTURM

Was der Teufel träumt, steht auf

SEITE 4

Im Übrigen...*

von Christian Mark

...ein weiteres Beispiel für den Angriff religiöser Fundamentalisten auf alles Homosexuelle: In Marburg ist ein internationaler Kongress für Psychotherapie und Seelsorge geplant, auf dem unter anderem vorgetragen werden soll, wie man mit einem Mischmasch aus Psychotherapie und Bekehrung Homosexuelle zu Heterosexuellen umpolen will.

Diese evangelikale (=christlich fundamentalistische) Tagung soll von Mittwoch, 20. Mai bis Sonntag, 24. Mai in Marburg im Uni-Hörsaalgebäude, der Stadthalle und der Martin-Luther-Schule abgehalten werden.

Das Vorgehen dieser Seelsorger-Therapeuten ist perfide: Menschen, die sich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung sozialen Repressalien und Ängsten ausgeliefert sehen, wird eine Umorientierung hin zu einer sozial kompatibleren sexuellen Orientierung versprochen. Natürlich führt dies zu noch größerem, namentlich existentiellem Leid.

Eines haben religiöse Extremisten - ob christlich oder islamisch oder was auch immer - gemein: Den Hass auf gleichgeschlechtliche Liebe. Warum eigentlich? Weil sie sich selbst nicht leiden können. Siehe Erbsünde, unbefleckte Empfängnis usw...

Würdet Ihr solchen Leuten Eure Kinder anvertrauen? Ich auch nicht. Gruß nach Berlin: Schaffen wir den Religionsunterricht ganz ab! Religion ist Privatsache.



Mitgliederversammlung der DKP

jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr,

Ort auf Anfrage.

Kontakt:

info@DKP-Marburg.de

Treffen der SDAJ Marburg

Termin auf Anfrage:

SDAJMarburg@web.de

KIRCHTURMPOLITIK

Widersprüche im Kreistag

Im Kreistag treffen sie aufeinander. Die politischen Widersprüche zwischen herrschenden Interessen und den Bedürfnissen der Menschen vor Ort.

Die Linke brachte in der letzten Kreistagssitzung einen Antrag über die A 4 ein. Die SPD erweiterte diese Fassung. Alle Planungsvarianten einer Bundesfernstraße werden von SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen (mit zwei Stimmenthaltungen) abgelehnt. Eine Bundesfernstraße - egal ob Süd - Nord oder was auch immer für ein Korridor. Alle zerschneiden und zerstören Naturräume und Kulturlandschaften. Sie schädigen Mensch und Umwelt durch Lärm, Abgase und Feinstäube. Alle Abstimmungen (Änderungsantrag der SPD/Ziffer 1 und 2 des Antrags der Linken) fanden keine Mehrheit.

Abgelehnt wurde auch der Antrag der Linken zu Schließungen von Postfilialen und Postagenturen. Der Bürgermeister von Rauschenberg, Manfred Barth (SPD) lehnte die Kritik an der Privatisierung der Daseinsvorsorge als Ideologie ab. Ladensterben, Erwerbslosigkeit, Abwanderung der Jugend, ein beklagenswerter Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur, Probleme der Nahversorgung, Ärztemangel und immer mehr zurück gelassene verarmte ältere Menschen. Dies alles erfährt der SPD Mann selbst vor Ort. Den Zusammenhang zur Privatisierung kann Herr Barth nicht erkennen. Trotzdem hätte auch die SPD gern prüfen lassen, ob die Post AG noch ihren gesetzlichen Verpflichtungen flächendeckend nachkommt.

Unter anderem fachte Die Linke eine Debatte über Rekommunalisierung der Strom-netze im Kreisgebiet an.

Doch was hat das alles mit einer inhaltlich auszugestaltenden Demokratie zu tun? Entschieden wird nicht durch Verstand. Entschieden wird auch nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Die Macht entscheidet. Doch so wie es ist, muss es nicht bleiben.

Ulrike Grünheid (Fraktion „Die Linke“ im Kreistag)

ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Bernd Hannemann (Die Linke. in Marburg)

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Insgesamt 55.000 Menschen sind am 28. 03. 2009 in Berlin und Frankfurt am Main dem Aufruf eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses gefolgt. Die Proteste fanden im Vorfeld des G20-Gipfels am 2. April in London statt. Es handelt sich um die größte Demonstration in Deutschland seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und hatte aus meiner Sicht eine Eisbrecherfunktion. Aufgrund der kurzen Zeit bis zur Bundestagswahl ist es wichtig, dass diesem gelungenen Auftakt noch etliche große Demonstrationen folgen. Parallel gingen auch in zahlreichen anderen Ländern die Menschen auf die Straße; in London waren es mehrere Zehntausend, in Wien 20.000. Von Marburg wurde ein Bus von der Einzelgewerkschaft ver.di zur Verfügung gestellt, der auch gut besetzt nach Frankfurt fuhr. Allerdings sollten wir bei der nächsten Demonstration, von ver.di am 16. Mai nach Berlin, zum Europäischen Aktionstag für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, noch einiges zulegen können. Bernd Riexinger von Verdi Stuttgart stellte fest, „dass auch in Deutschland ein großer Teil der

Bevölkerung für eine soziale Form der Krisenpolitik eintritt, die die Kosten der Krise nicht auf die ärmeren Bevölkerungsgruppen abwälzt. Für uns sind die Demonstrationen der Beginn einer Protestwelle. Die Profiteure müssen zur Kasse gebeten werden.“

Einhellig wurde gefordert:

_ Verursacher der Krise müssen für die Kosten aufkommen, beispielsweise durch eine Millionärssteuer und eine Sonderabgabe auf hohe Vermögen.

_ Mehr Geld für Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit sowie einen sozialen Schutzschirm für Beschäftigte, Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner.

_ Hartz IV müsse ebenso weg wie die weiteren Gesetze der Agenda 2010. Stattdessen seien ein armutsfester Mindestlohn und die existenzsichernde Erhöhung des Eckregelsatzes notwendig.

_ Eine strenge Regulierung des weltweiten Finanzsystems sei notwendig, Steueroasen müssten geschlossen, Hedgefonds und andere spekulative „Instrumente“ verboten werden.

_ Der Versuch, die Krise auf die

Menschen des globalen Südens abzuwälzen, die heute schon stark unter den Folgen der Krise leiden, sei ebenso zurückzuweisen wie ein weiterer Raubbau an der Natur und Belastung des Klimas.

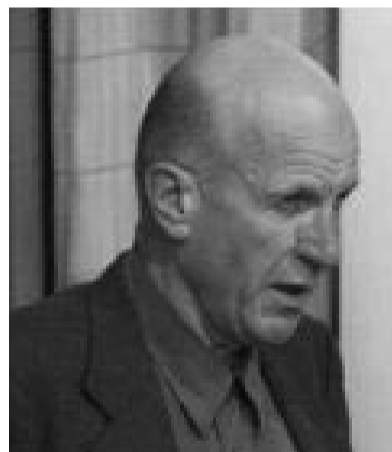
„Statt die Verluste zu sozialisieren, muss der Finanzsektor vergesellschaftet werden“, forderte Christina Kaindl von der Berliner Gruppe Soziale Kämpfe. „Wir wollen eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft und deren Ausrichtung an sozialen Bedürfnissen statt an Renditen. Die Dominanz der Profitlogik und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche muss beendet werden.“

Vor dem Hintergrund eines zumindest weltwirtschaftlichen Kollapses, eine Abwrackprämie einem Personenkreis zuzugestehen, der sich bereits Gedanken über den Kauf eines neuen Autos gemacht hat, halte ich für puren Unsinn. Alles Geschwafel über die Nützlichkeit dieser Maßnahme ist purer Populismus und im Vorwahlkampf eine Art Wahlgeschenk an diesen Personenkreis. Vom umweltpolitischen Aspekt und der einseitigen finanziellen Unterstützung

der Automobilindustrie einmal abgesehen, ist dieser Vorgang höchst unsozial. Sollte tatsächlich ein von den Hartz IV Gesetzen betroffener Mensch noch im Besitz eines alten Autos sein, so verweigert ihm der Gesetzgeber die Abwrackprämie in Anspruch zu nehmen. Wahrscheinlich deswegen, weil sich Ein-Euro-Jobber und Hartz-IV-Empfänger, aufgrund der Gesetzeslage in unmittelbarer Nähe ihres Briefkastens aufhalten müssen und deshalb auf ein Fahrzeug, – gar ein neues KFZ – verzichten können. So denken und handeln Zyniker!

Aus diesem Grunde weise ich auf die Kundgebungen am 1. Mai, die bundesweite Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Berlin am 16. Mai und auf die vom 15. bis 19. Juni geplanten Bildungsproteste hin, die ein wichtiger Teil der Protestbewegung sind. Betriebsbesetzungen und deren Unterstützung, ein politischer Streik und Massendemonstrationen müssten allerdings gegenwärtig das Gebot der Stunde sein.

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Georg Fülberth*

Georg Fülberth – Du kandidierst für die DKP zum Europäischen Parlament. Meinst Du, Du wirst gewählt?

Nein, aber ich bin froh, dass die DKP mit dieser Kandidatur wieder sichtbar wird. Es ist ja nicht so leicht für uns, unsere politische Existenz nach außen deutlich zu machen. Mit dem „Marburger Echo“ allein schaffen wir das nicht. Die Wahl ist eine solche Chance größerer Außenwirkung für uns. Dabei ist diese Kandidatur schon jetzt für uns ein Kraftakt gewesen. Wir mussten Unterstützungs-Unterschriften sammeln. Das ging dann doch leichter, als wir zunächst angenommen hatten. Wir haben in relativ kurzer Zeit 7.500 Unterschriften bekommen – weit mehr, als wir gebraucht hätten.

Schafft diese Kandidatur nicht Probleme mit der Partei „Die Linke.“?

EU-Parlament: Fett, faul und impotent

*** Georg Fülberth ist Kapitalistischer, Stadtverordneter und langjähriges DKP-Mitglied aus Marburg.**

„Die Linke.“ wird deutlich über fünf Prozent kommen, egal, wie viele Promille die DKP erhält. Es kommt jetzt darauf an, zu zeigen, dass es erst jenseits der Partei „Die Linke.“ politisch interessant wird.

Aber Du bist doch Mitglied der Fraktion „Marburger Linke“. Das ist kein Problem.

In den Fällen Pit Metz und Christel Wegner hat die Partei „Die Linke.“ aber gezeigt, dass sie mit Kommunist(innen) nichts zu tun haben will.

In der Kommunalpolitik können die sich das im Westen immer noch nicht leisten. Man fährt im Umgang mit dieser Variante der Sozialdemokratie am besten, wenn man sich keine Illusionen macht. Oberhalb der Gemeinde-Ebene kandidieren wir Kommunistinnen und Kommunisten selbständig, wenn wir die Kraft dazu haben.

Die Europäische Union ist ein Europa des Kapitals. Wer für ihr Parlament kandidiert, erkennt sie damit an. Sollte die DKP sich nicht heraushalten?

Nein. Marx und Engels hätten über eine solche Frage laut gelacht. In der Revolution von

1848/49 kämpften sie für eine deutsche Republik. Das scheiterte. Stattdessen vollzog Bismarck eine so genannte „Revolution von oben“: Deutschland wurde als halbabsolutistischer Staat geeinigt. Marx und Engels hat das nicht geschmeckt, aber ihnen war von Anfang klar, dass die Arbeiterbewegung jetzt auf dem neuen Boden kämpfen müsse – nicht um das Deutsche Reich wieder aufzulösen, sondern um es zu demokratisieren.

Aber das Europäische Parlament hat doch gar nichts zu sagen.

Genau wie der Deutsche Reichstag 1871-1919. Der konnte ein paar Gesetze machen, hatte keinen Zugriff auf die direkten Steuern, und die Zusammensetzung der Regierung wurde nicht von ihm bestimmt. Ein wichtiges Ziel muss jetzt die Demokratisierung der Europäischen Union sein. In seinem jetzigen Zustand ist das Europäische Parlament ein Kapaun: fett (saftige Diäten), faul und impotent. Deshalb sammelt sich dort auch das entsprechende Personal. Übermächtig ist die Exekutive: die letztlich von den Regierungen der Einzelstaaten dirigierte Europäische Kommission. Das muss sich ändern.

Überschätzt Du da nicht die Möglichkeiten politischer Institutionen? Das Kapital macht doch sowieso weltweit,

was es will. Stichwort „Globalisierung“...

Geh' mir doch weg mit dieser Wortblase. Die angeblich unaufhaltsame Entfesselung der Märkte ist selbst ein Ergebnis von Politik. Deren einzelne Maßnahmen lassen sich aufzählen. 1973 wurden die festen Wechselkurse aufgekündigt, der „Big Bang“ an der Londoner Börse 1986 hob wichtige Beschränkungen des Aktienhandels auf. Das waren entweder politisch veranlasste oder von den Regierungen bewusst hingenommene Entscheidungen, die man damals hätte verhindern können.

Ja damals... Jetzt ist aber das Kind in den Brunnen gefallen und kann nicht wieder herausgeholt werden.

Wieder falsch. Sag' mal: Lernt man solchen Unsinn eigentlich neuerdings, wenn man in Marburg Politikwissenschaft studiert? Seit es den Euro gibt, ist in seinem Währungsgebiet keine Devisenspekulation mehr möglich. Ein Wirtschaftsblock Europa könnte eine einheitliche Steuer- und Sozialpolitik im Interesse der bislang Schwachen betreiben. Die EU-Kommission macht das gerade Gegenteil davon. Ist sie einmal demokratisiert, könnten andere Mehrheiten im Europäischen Parlament eine Wende bringen. Das ist Zukunftsmusik, aber sie wird jetzt von der DKP mit ihrer Kandidatur angestimmt.

VON DER HEIMATFRONT

Der nächste Krieg kommt bestimmt

Wer bei den Geburtstagsfeierlichkeiten der NATO am 4. April in Kehl (oder Strasbourg) zu den nicht geladenen Gästen gehörte, sprich an den Demonstrationen teilnahm, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Polizei mindestens genauso stark vertreten war.

Die Medienberichte bestätigten es: Mit den 30.000 Demonstrierenden konnte der Gewaltapparat Deutschlands und Frankreichs zahlenmäßig locker mithalten. Es hätte für uns NATO-GegnerInnen zu einem knappen Anwesenheitssieg gereicht, wenn tatsächlich alle die Orte des Protestes hätten erreichen können! Aus- und Einreiseverbote, massive Grenzkontrollen und die Sperrung des Zugangs zur Kundgebung machten dies aber für Tausende unmöglich.

Dieses hoch-aggressive Auftreten steht natürlich in keinem Verhältnis mit den zu erwartenden „Gewalttaten“ einiger hundert Demonstrierender. Dass es um die gar nicht gehen würde, zeigte sich nicht nur an der merkwürdig anmutenden Zurückhaltung der 18.000 schwer bewaffneten französischen Polizisten, die z. B. dem Legen von Brandsätzen fast schon teilnahmslos zuschauten. Nein, hier ging es um eine geplante, grenzüberschreitende Bürgerkriegsübung. Es war eine klare Kampfansage an



alle anwesenden Demonstranten, an alle, die es sich überlegt hatten, mit zu demonstrieren und dann doch zu Hause geblieben sind und an alle, die zukünftig vorhaben, sich mit Anderen gemeinsam zu wehren und auf die Straße zu gehen.

Die Aggressivität des deutschen und französischen Gewaltapparates wurde nur noch getoppt durch den NATO-Gipfel selbst. Schon am Vorabend des NATO-

Jubiläumstreffens beim G-20-Gipfel in London hatte Obamas Sicherheitsberater James Jones unmißverständlich US-Forderungen an eine zukünftige NATO-Strategie formuliert, die auf dem Gipfeltreffen offiziell in Auftrag gegeben wurde. „Wir brauchen eine neu geschaffene NATO“, sagte er. Eine, die „schneller und beweglicher“ sein soll. Vor allem solle die NATO präventiv zur Verhinderung von Konflikten ein-

greifen. Im Klartext hieße das: Die NATO will Angriffskriege führen, wenn sie es für richtig hält. Der vorgegaukelte „defensive Charakter“, der mit dem Angriff auf Jugoslawien 1999 praktisch schon endgültig zu den Akten gelegt wurde, soll jetzt, das steht zu befürchten, durch ein neues strategisches Konzept auch theoretisch überwunden werden. In welche Richtung es gehen könnte, hat ein im Januar 2008 von fünf hochkarätigen Generälen vorgelegtes Grundsatzdokument, an dem auch der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und spätere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Neumann mitarbeitete, angezeigt. Darin werden u.a. gemeinsame Führungsstrukturen von NATO, USA, EU gefordert, um sich besser abzustimmen. Das Konsensprinzip soll aufgegeben werden, sprich wer keine Truppen schickt, soll kein Mitspracherecht haben. Nationale Vorbehalte bei NATO-Einsätzen soll es nicht mehr geben; das würde z. B. bedeuten, dass die

Bundeswehr überall in Afghanistan eingesetzt werden kann, unabhängig von Bundestagsbeschlüssen. NATO-Interventionen ohne UNO-Mandat und (atomare) Erstschlagsoption runden den Horror-Katalog ab.

Und welche Signale gehen von dem „großen Hoffnungsträger“ Barack Obama aus? Keine guten, wie man es von einem amerikanischen Präsidenten auch nicht anders erwarten kann. Der Führungsanspruch der USA in der Welt und innerhalb der westlichen Allianz bleibt bestehen. Im Unterschied zur Bush-Administration will Obama die Vorteile der NATO als verlängerter Arm der US-Militärmacht nutzen. Im Afghanistan-Krieg soll diese neue Strategie zur Anwendung kommen. 62.000 NATO-Truppen befinden sich gegenwärtig dort im Einsatz, die USA werden zusätzlich 21.000 Soldaten, die NATO weitere 5.000 ins Kampfgebiet schicken. Die Zeichen stehen damit eher auf mehr statt auf weniger Krieg. – HS

AUS DEN KOLONIEN

»Thank you for your invitation«

Warum die Portugiesische Kommunistische Partei die Europäische Linkspartei mehr, dafür die Europäische Union weniger dankend ablehnt.

Lissabon könnte so ein schönes Vorbild für Europa abgeben. Als die Nelkenrevolution im April 1974 die 48jährige faschistische Diktatur beseitigte und den Kolonialkrieg in Afrika beendete, ergaben sich weitreichende Möglichkeiten für weitere politische, ökonomische und kulturelle Veränderungen, die ihre Ausstrahlungskraft weit über Portugal hinaus entfalten konnten.

Heute gibt die portugiesische Hauptstadt ihren Namen für weniger fortschrittliche Dinge her. Mit der „Lissabon-Strategie“ will sich die Europäische Union (EU) zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln, in Konkurrenz zu USA und Japan. Und im Vertrag von Lissabon, den die EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2007 schlossen, versuchten die Herrschenden Europas ihren antidemokratischen, unsozialen und militaristischen Kurs weiter zu forcieren. Es ist insbesondere das deutsche Kapital, das von der Herstellung eines europäischen Binnenmarktes und dem freien Kapitalverkehr profitiert. Und es sind die dominierenden Mächte der EU, Deutschland und Frankreich, welche die Europäische Union nun auch militärisch formieren möchten.

Europa der Imperialisten

Hoffnungsvoller stimmt hier die Haltung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP). Sie war die erste politische Partei, die nach dem Sturz der Diktatur in Portugal zugelassen wurde, ihre Hauptaufgabe sieht

sie in der Verteidigung der Errungenschaften der demokratischen Revolution. Den Eintritt in die Europäische Gemeinschaft (EG) 1986 hat sie konsequent abgelehnt. „Der gemeinsame Markt, namentlich der freie Fluss von Waren und Kapital“, so schreibt sie in ihrem Programm rückblickend, „verkörpert für Portugal auf Grund seiner relativen Rückständigkeit nachteilige Aspekte für seine Entwicklung und neue Restriktionen für seine Unabhängigkeit“. So hat der Eintritt in die EG neue Vorwände für die Beseitigung der Errungenschaften der Nelkenrevolution geliefert. Der Kurs der europäischen Integration im ökonomischen, politischen und militärischen Bereich drohe, Portugal „in einen randständigen Mitgliedsstaat zu verwandeln, dessen Politik in immer stärkeren Maße [...] von den reichen und starken Staaten sowie von transnationalen Konzernen“ bestimmt wird.

Die PCP ist, im Gegensatz etwa zu ihren italienischen Genossen, nie einen „Compromesso storico“ („Historischen Kompromiss“) mit dem bürgerlichen Lager eingegangen. Ihre Einschätzung zur EG und später zur EU fiel daher auch weniger illusionär aus. „Es gibt keine institutionelle Architektur für ein föderales Modell [...], welches das Machtungleichgewicht überwinden kann, das aus den signifikanten Unterschieden zwischen den Mitgliedsstaaten resultiert. Die neoliberale und militaristische Dimension sind der kapitalistischen Integration

inhärent und ist untrennbar von den föderalen Lösungen auf institutioneller Ebene“. Die Stellung der PCP zur kapitalistischen Integration steht damit fest. „Jeder neue Schritt vorwärts in diesem Prozess stärkt eine politische und ökonomische Macht im Interesse des großen Kapitals“. Es zeige: „Die EU kann nicht re-

formiert werden“. Aktivitäten, bei gemeinsamer Anerkennung der Unterschiede zwischen den Organisationen ist die Ebene der Zusammenarbeit, welche die PCP anstrebt. Der Vorstoß verschiedener Linksparteien in Europa, eine Europäische Linkspartei (ELP) zu gründen, stieß daher bei ihr auf Ablehnung. „Wir danken Ih-

nen für Ihre Einladung“, schrieb die PCP an den ersten Kongress der ELP, „insbesondere weil wir enge Beziehungen der Freundschaft, Kooperation und gegenseitiger Solidarität mit der Mehrheit der ELP-Mitgliederparteien pflegen. Aber gerade weil wir diese Beziehungen, ebenso wie die Beziehungen zu anderen Parteien und politischen Kräften in Europa und allen Kontinenten und namentlich die Beziehungen mit der Kommunistischen Partei Griechenlands, erhalten und vertiefen wollen, erachten wir die

Teilnahme an diesem Ereignis als inadäquat“. Die Europäische Linkspartei ist keine Stärkung der antikapitalistischen Kräfte in Europa gewesen, resümiert auch der vergangene Parteitag der portugiesischen Kommunisten. Im Gegenteil: Hat doch die Gründung der ELP „Elemente der



formiert werden“.

Spaltung der Linken

Obwohl die PCP die nationale Ebene als das „unersetzbar und entscheidende Feld des Klassenkampfes“ bestimmt, sieht sie sich doch auch in der Rolle, die internationale Zusammenarbeit fortschrittlicher Parteien in Europa zu stärken, u.a. in der gemeinsamen Fraktion „Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL) im EU-Parlament. Der gemeinsame Fortschritt antikapitalistischer

Spaltung, Distanzierung und Vorurteile“ innerhalb der gemeinsamen Fraktion hervorgebracht. Das Spannungsfeld, um das es hier geht, ist die Zustimmung der ELP zur europäischen Integration und die Anerkennung der EU-Institutionen. Die PCP lehnt, wie auch andere Parteien aus der GUE/NGL-Fraktion, die ELP dankend ab. Ihre Ablehnung der kapitalistischen Integration hingegen fällt, aus den beschriebenen Gründen, weniger dankend aus. – PG



Träumen von Engeln – vorläufig.

Christian Mark über Peter Hacks »Was träumt der Teufel«

Der Teufel, Werkmeister in der Hölle, arbeitet am Hochofen, in der DDR, Hacks' mit voller Absicht gewähltem Heimatland. Zum „Reich des Bösen“ (Ronald Reagan) gehörend war die DDR Teil der „Hölle“. Es ist gerade

Anstich am Hochofen. In den auf den Fluss des lavaheißen Stahls schwimmenden Krusten kann der Teufel/Hochofenarbeiter Bilder assoziieren: Bösewichter der jüngsten Weltgeschichte wie etwa Hitler, Ludwig XIV oder



Was träumt der Teufel Von Peter Hacks

Was träumt der Teufel, wenn die Schatten nahn?
Was rührt den Braven, der in Chaos' Nacht
Die Öfen fährt und seine Arbeit macht,
Was, wenn gelehnet er an einen Zahn

Des Höllenmauls nach fünfe, pechumschäumt,
Ins Feuer starrt, wo sich die Sünder drängeln,
Ich wüsste Namen. Doch zurück: was träumt
Des Abgrunds Werkmeister? Er träumt von Engeln.

Höchst unvermittelt in der maledeiten
Stirn blüht ein Bild von jener Wesen Reizen
Und schönen Unzurechnungsfähigkeiten,
Die noch so frei nicht sind, gleich ihm zu heizen.
Auch ich an Halbheit krank. Wie der Geschwänzte
Träum ich dem Engel nach, der mich ergänzte.

Aus: Hacks Werke, Bd. 1, S. 352, Eulenspiegel Verlag

auch Versager aus den eigenen Reihen, die zum Untergang des Sozialismus beitragen. Der Teufel/Arbeiter lehnt an einem Zahn des Höllenmauls: Es ist die befestigte Grenze zwischen „Gut und Böse“, zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager. Er hat gerade etwas Muße, da überrascht ihn der Wunsch nach der höheren Gesellschaftsorganisation in Form von Wesen, die weiterentwickelt sind, als wir es in dieser Situation der Zweigeteiltheit der Welt sein können: Engel. Der Sozialismus

ist, obwohl rationaler organisiert als der Kapitalismus, für Hacks natürlich nicht das Paradies auf Erden, genauso wenig für das Arbeitsvolk der DDR. Schöne Unzurechnungsfähigkeiten: Auch im Sozialismus sind die natürlichen Triebe des Menschen noch längst nicht frei. Das gilt für alle Bewohner des Sozialismus, auch für Gedichteschreiber. Der Dichter kann in der Dichtkunst die Engel finden und erfinden, muss aber dennoch genau wie der Teufel/Arbeiter sich mit Träumen zufrieden geben. Vorläufig.



Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: *Marburger Echo*



AKTION

UZ-Pressesfest – Fest der Solidarität

... zusammen feiern auf dem größten Fest der Linken in Deutschland



Pünktlich zum Sommerbeginn findet vom **19.-21. Juni 2009 in Dortmund im Revierpark Wischlingen** das UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP statt. Es ist das 16. Fest, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind inzwischen zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden.

Wecker kommt!

Konstantin Wecker hat seine Teilnahme an unserem Presse-

fest zugesagt.

Wir freuen uns auf Dietrich Kittner

Am letzten Pressesfest konnte er leider nicht teilnehmen - drum freuen uns diesmal doppelt auf Dietrich Kittner - Samstagabend in der Eislaufhalle!

Hochkarätiges aus Latein-Amerika

Ein Highlight des Pressesfest 2009 kommt aus Venezuela: Ein Orchester aus Venezuela ist zu Gast bei dem größten Fest der Linken in der Bundesrepublik. Mit "La Big Band de Cuba" schickt uns das sozialistische Kuba Botschafter seiner Kulturpolitik.

Ein Wiedersehen mit Mirco-Phone Mafia

Die Gruppe hat ihren Auftritt auf dem dem UZ-Pressesfest zugesagt. Das freut ihre zahlreichen Fans!

Indianer auf dem Pressesfest

Die Stadtindianer von Wittringen

werden auf dem Pressesfestgelände wieder ihre Wigwams aufschlagen: Auf Hochtouren laufen die Vorbereitungen für das Kinderfest, dass noch attraktiver werden soll. Da freuen sich die Roten, ob klein oder groß!

Soli-Buttons zum Pressesfest

Kein Eintritt. Zur Finanzierung wird gebeten, den Fest-Button zu kaufen.

Mit dem Verkauf der Solidaritäts-Buttons wird ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung des UZ-Pressesfestes geleistet.

Bestellung:

DKP-UZ-Fest
Tel. 0201-17 78 89 0 - Fax 0201-17 78 89 29
E-Mail: uz-pressefest@dkp.de

Spenden bitte an:

DKP-Parteivorstand Essen,
Stichwort "UZ-Fest",
GLS-Bank, Konto 400 24 87 502,
BLZ 430 609 67

Konstantin Wecker kommt am 19. Juni 20.00 Uhr



FEST DER SOLIDARITÄT 19.-21. Juni 2009 Dortmund Revierpark Wischlingen

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Satz: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: August 2009
Redaktionsschluss: 15.07.09



www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de